

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 53 (1961)
Heft: 7

Artikel: Die Wirtschaftsfragen im neuen Arbeitsprogramm
Autor: Jucker, Waldemar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund verschließt sich der Notwendigkeit nicht, zur Aufrechterhaltung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft soweit nötig weiterhin ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen. Er wendet sich jedoch entschieden gegen die Bestrebungen, die Bestimmungen betreffend die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte derart zu lockern, daß eine wirksame Kontrolle nicht mehr möglich wäre.

Das ist übrigens auch die Meinung des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, dessen Präsident, Nationalrat *Wüthrich*, in einer Standortbestimmung für seinen Verband erklärte:

« Es ist nach unserem Dafürhalten nicht gut, wenn die Schweiz ihr Wirtschaftspotential zu einem großen Teil auf der Basis von ausländischen Arbeitskräften aufbaut. Sowenig wir militärisch eine Großmacht sein können, sowenig können wir es wirtschaftlich. Wir erachten deshalb nach wie vor eine angemessene Zurückhaltung bei der Bewilligungspraxis und eine umfassende Kontrolle durch die Gewerkschaften als unerläßlich.»

H. Leuenberger.

Die Wirtschaftsfragen im neuen Arbeitsprogramm

Der Basler Kongreß des Gewerkschaftsbundes hat grundsätzlich mit allen gegen etwa 10 Stimmen dem Entwurf zu einem neuen Arbeitsprogramm des Gewerkschaftsbundes zugestimmt. Seither hat der Gewerkschaftsausschuß noch einige kleinere Bereinigungen vorgenommen und das Programm definitiv genehmigt ¹.

Große Teile des Programms – wie die Abschnitte über Ziel und Aufgabe des Gewerkschaftsbundes oder die Sozialpolitik – wurden zur Hauptsache nur sprachlich neu gefaßt, zum Teil vereinfacht, ohne daß materiell größere Veränderungen vorgenommen worden wären. Die wichtigsten Änderungen erfolgten im wirtschaftlichen Teil, in den Abschnitten Wirtschaft, wirtschaftspolitische Einzelfragen, Konjunkturpolitik und berufliche Ausbildung.

Jedes Programm trägt unvermeidlicherweise den Stempel der Zeit, in der es entstanden ist. Es muß, wenn es verstanden werden und eine Wirkung entfalten soll, natürlicherweise von den Problemen ausgehen, die zur Zeit seiner Abfassung im Vordergrund stehen. Ein Arbeitsprogramm soll schließlich kein theoretisches Werk sein, das zu Problemen Stellung nimmt, denen kaum jemand eine praktische Bedeutung zuerkennt. Es soll die Richtung andeuten, welche die Organisation in ihrer Politik während der nächsten Jahre, im besten Fall während der nächsten ein bis zwei Jahrzehnte, in den

¹ Siehe «Gewerkschaftliche Rundschau», 53. Jahrgang, Doppelheft 3/4, März/April 1961. Das Programm steht nun in einer deutsch-französischen Ausgabe zur Verfügung.

Vordergrund stellen will. Diese Zeitbedingtheit teilt das neue mit dem alten Programm. Auch das neue Programm wird veralten; auch es kann nicht darauf Anspruch erheben, von nun an bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag die Richtschnur der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes zu sein und zu bleiben.

Die Verfasser des neuen Programms waren sich dieser Relativität aller Programme vielleicht klarer bewußt als jene, welche das alte Programm formulierten. Schon daraus ergab sich einer der Hauptunterschiede zum alten Programm. Das neue ist weniger dogmatisch; es erhebt in seinen Formulierungen in geringerem Ausmaß Anspruch darauf, Wahrheiten und Rezepte zu verkünden, die beinahe den Charakter einer Heilsbotschaft tragen. Es ist gedacht als zeitbedingtes Arbeitsprogramm einer vorwiegend auf praktische Tätigkeit gerichteten Arbeitnehmerorganisation; einer Organisation, die Interessen vertritt, ohne diese Interessenwahrung hinter dem Schleier einer Ideologie zu verbergen, die sich bei aller Interessenwahrung jedoch auch ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt ist.

Das alte Programm entstand in den dreißiger Jahren. Schon die Jahre vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Beginn der großen Depression waren nicht durchwegs erfreulich. Eine Depression löste die andere ab; auch in den besseren Jahren herrschten in einzelnen Industrien und Ländern Teilkrisen. Dann kam die große Krise, die jedes Land und beinahe jede Industrie in den Schlund der Depression hinunterriß.

Dieses jahrelange Andauern von Krisensituationen führte zu einem tiefen Pessimismus, dem sich kaum jemand entziehen konnte. Damals entstand die sogenannte Sättigungstheorie, die behauptete, der Wohlstand sei so groß geworden, daß die Nachfrage nur noch in bescheidenem Ausmaß steigen könne. Auch weite Kreise der Unternehmerschaft wurden von dieser Einstellung erfaßt. In diesem Klima erstickte der Drang nach Neuerungen, nach Forschung zur Erschließung neuer Märkte.

Die Gewerkschaftsbewegung hat die Sättigungstheorie nie akzeptiert. Als Vertreterin der untern Einkommensgruppen beharrte sie – mit Recht – darauf, daß der Bedarf der Verbrauchermassen keineswegs gesättigt sei, sondern daß noch große Bedürfnisse zu befriedigen seien.

Da vom Markt selbst keine größere stimulierende Wirkung ausging, verfochten die Planwirtschaftler den Gedanken, es müßten vom Staat aus für die Wirtschaft Produktionspläne aufgestellt, wenn nötig den einzelnen Betrieben Produktionsquoten vorgeschrieben werden. Auf der Exportseite glaubte man, den Verkauf zum Teil den staatlichen Handelsvertrags-Unterhändlern übertragen zu können, so daß die Außenhandelsgeschäfte nicht mehr von Privatperson zu Privatperson, sondern von Staat zu Staat getätigt worden wären.

In einer derart staatlich gelenkten Wirtschaft hätte die privatwirtschaftliche Organisationsform natürlich nur noch einen beschränkten Wert; sie würde die Erreichung der Planziele zum Teil erschweren; deshalb tauchte die Forderung nach Ausdehnung der «Gemeinwirtschaft» auf. Mit diesem etwas nebelhaften Wort meinte man eine Ausdehnung des staatlichen, kantonalen oder kommunalen Sektors, aber auch der Genossenschaften.

Zur Illustration seien ein paar Zitate aus dem alten Programm angeführt:

Eine erfolgreiche Behauptung der Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf ist nur denkbar durch planmäßige Zusammenfassung aller Kräfte der schweizerischen Volkswirtschaft. Das sollte aber nicht auf privatkapitalistischer Basis geschehen..., sondern durch gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung sowohl der Produzenten wie der Konsumenten... Der Gewerkschaftsbund tritt daher für die Förderung und den Ausbau der Gemeinwirtschaft ein in allen ihren Formen... Es muß ein Umbau der Wirtschaft erfolgen, der die entstandenen Mißverhältnisse zwischen einzelnen Wirtschaftsteilen ausgleicht.

...Die Kaufkraft der Schweiz auf dem Weltmarkt und ihr Kapitalreichtum müssen... konsequent zur Förderung des Exports... ausgenützt werden. Das kann nur geschehen durch straffste staatliche Kontrolle des Außenhandels; als Mittel zu ihrer Ausnutzung kommen in Betracht die genossenschaftliche Organisation der Verbraucher ausländischer Güter und der Exporteure sowie staatliche Handelsmonopole.

Im Inland muß ein planmäßiger Verteilungsapparat aufgebaut werden... Durch öffentliche Kontrolle... ist darüber zu wachen, daß die Kreditpolitik der Banken sich im Rahmen der planmäßigen schweizerischen Wirtschaftspolitik bewegt.»

Dazu ist vielleicht noch zu ergänzen, daß das Programm, abgesehen von diesem mehr theoretischen Teil, auf eine eher defensive Note abgestimmt war. Die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten wurden offensichtlich unterschätzt. Statt von der Förderung der Produktivität wird oft von Rationalisierung gesprochen und ein langer Katalog von Forderungen aufgestellt, deren Verwirklichung bezweckte, nachteilige Folgen der Rationalisierung aufzufangen. Die Steigerung der Arbeitseinkommen wurde wahrscheinlich mehr von einer Verminderung des Kapitaleinkommens als von der Vergrößerung des Volkseinkommens erwartet.

Diese paar Zitate dürften wohl demonstriert haben, daß das alte Programm auf Anschauungen beruhte, die heute weder von der Mehrheit des Schweizervolkes, aber auch nicht von der Mehrheit der Mitglieder der Verbände des Gewerkschaftsbundes geteilt werden.

Was sind die wichtigsten materiellen Aenderungen? Die seit der großen Depression, zum Teil in Zusammenhang mit der Rüstungsfinanzierung, gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß es keiner ausgebauten Planwirtschaft bedarf, um erlahmte Marktkräfte zu

stimulieren. Es genügt, die Kaufkraft zu vergrößern. Steigt die Kaufkraft, sei es infolge staatlicher Aufträge, vor allem im Bereich der Investitionsgüter und des Wohnungsbaus oder wegen kreditpolitischen Maßnahmen oder Leistungen der Sozialversicherung, so reagiert die Marktwirtschaft auf diesen Anreiz, ohne daß eine detaillierte Planung und Kontrolle der gesamten Wirtschaft notwendig wäre.

Deshalb wird heute auch meist zugegeben, daß die Forderung nach einer umfassenden Gemeinwirtschaft über das Ziel hinauschießt. Gewiß, es gibt Sektoren wie den Schienentransport, überhaupt den Verkehr, der sich fahrplanmäßig abwickeln muß, den Straßenbau, die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, welche unter den heutigen Verhältnissen am besten durch öffentliche Betriebe oder unter der Leitung des Staates geführt werden. Je nach Land und Industriestruktur mag es auch noch andere, sich dafür eignende Betriebe geben. Der Entscheid über die Bewirtschaftungsform ist jedoch eine reine Zweckmäßigsfrage, die nach praktischen Gesichtspunkten und nicht auf Grund von wirtschaftlichen Heilslehren entschieden werden sollte.

Bei der Vergrößerung der Kaufkraft hat aber auch die gewerkschaftliche Lohnpolitik eine wichtige Rolle zu spielen. Der Druck der Gewerkschaften zur Verbesserung des Lebensstandards ist heute viel intensiver geworden, als er es in den zwanziger Jahren war. Zum Teil ist dies eine Folge des besseren gewerkschaftlichen Organisationsgrades – unsere Mitgliederbestände haben sich seit der Abfassung des alten Programmes etwa verdoppelt. Zum Teil ist die stärkere Stellung der Gewerkschaften aber auch eine Folge der Vollbeschäftigungspolitik, welche die Markt- und Verhandlungsstellung sowohl des einzelnen Arbeitnehmers wie der gesamten Gewerkschaftsbewegung verbessert hat. Marx rechnete nicht mit einer derartigen Entwicklung. Er nahm an, in einer Marktwirtschaft würden sich die Krisen ständig verschärfen. Deshalb veranschlagte er den möglichen Einfluß der Gewerkschaften als gering. Die Vollbeschäftigungspolitik hat seine Theorien über die Rolle der Gewerkschaften jedoch vollständig über den Haufen geworfen.

Erst die Vollbeschäftigungspolitik hat aber auch die Wachstumsmöglichkeiten der Marktwirtschaft voll in Erscheinung treten lassen. Von 1924 bis 1939 stieg das schweizerische Nettosozialprodukt real um etwa 25 Prozent, also rund einen Viertel. Von 1944 bis 1959, also während eines ebenfalls 15 Jahre umfassenden Zeitraumes, um rund 100 Prozent, ebenfalls real gemessen. Die Wachstumsrate des schweizerischen Volkseinkommens war damit etwa viermal so hoch wie vor dem Krieg. Die Möglichkeit eines derart raschen Wachstums wäre vor dem Krieg sogar von den größten Optimisten bestritten worden.

Das Einkommen von Privatpersonen aus Zinsen und Gewinnen hat von 1944 bis 1959 nominal um 1 Mia und 80 Mio zugenommen. Gleichzeitig sind die Löhne, Gehälter und Geschäftseinkommen – also das, was man in der Regel als Arbeitseinkommen bezeichnet – um 11,45 Mia gestiegen, also um etwa den zehnfachen Betrag. Dies zeigt schlagend, daß für die Arbeitnehmer das wirtschaftliche Wachstum und die Beteiligung am gestiegenen Wirtschaftsertrag erheblich wichtiger sind als die Reduktion des Zins- und Gewinneinkommens.

Es wäre jedoch unzutreffend, diese Wohlstandssteigerung einzig auf das Konto der Marktwirtschaft zu buchen, wie das zum Beispiel viele Neoliberale tun.

Es ist nicht die freie Wirtschaft allein, welche diese Leistung erbracht hat, sondern die durch eine staatliche Vollbeschäftigungspolitik und eine aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik ergänzte und in sie eingebettete Marktwirtschaft. Rüttelt man an diesen zwei mittragenden Säulen, so verlangsamt sich das Wachstumstempo. Dies wird anschaulich demonstriert durch die amerikanischen Erfahrungen der letzten acht Jahre. Die Regierung Eisenhower hat eine sehr zurückhaltende Wirtschaftspolitik betrieben, welche die staatlichen Eingriffe und Anreize abschwächte und die Gewerkschaften behinderte. Das wirtschaftliche Wachstum hat infolgedessen spürbar nachgelassen. Von 1953 bis 1959 war das wirtschaftliche Wachstum in den Vereinigten Staaten – relativ gemessen – nicht einmal halb so groß wie in der Schweiz. Vor allem die Unzufriedenheit über dieses langsame wirtschaftliche Wachstum hat dem jungen Senator Kennedy zu seinem Wahlsieg verholfen.

Erst wenn die private Initiative, der Einzelne, in ein in dieser Richtung «konditioniertes» Wirtschaftsklima eingebettet ist, kann er seine wirtschaftlichen Fähigkeiten voll einsetzen. Dies trifft nicht etwa nur für die Arbeitnehmer, insbesondere die Qualifizierten, zu, sondern ebenso sehr für die Unternehmer und Arbeitgeber. Auch heute noch unterschätzen zwar viele von ihnen die Bedeutung dieser Klimapflege; aber diese werden langsam zu einer Minderheit. Auch Kennedy kommt ja aus Unternehmerkreisen. Er ist nicht etwa nur von den Gewerkschaften unterstützt worden; auch bedeutende Industrielle sind für ihn eingetreten. Auch in der Schweiz bekennen sich manche Industrielle, darunter einige der größten, zu diesen Gedankengängen.

Damit die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die staatliche Vollbeschäftigungspolitik nicht ins Leere trifft, braucht aber auch sie den initiativen und qualifizierten Einzelnen, der auf ihre Anreize «richtig» reagiert. Fehlt das qualifizierte Potential von Arbeitnehmern und Unternehmern, so führt die Kaufkraftvermehrung nur zu einer bescheidenen Produktionsausweitung; sie verpufft in der Inflation, in bloßen Preiserhöhungen.

An Beispielen für diese Feststellung fehlt es nicht. Man trifft sie vor allem in den Entwicklungsländern. Denken wir nur an die südamerikanischen Staaten, die ja seit Jahrzehnten und Jahrhunderten bereits ihre Unabhängigkeit besitzen. Sie haben zwar von Europa und den Vereinigten Staaten die Technik der Kaufkraftvermehrung rasch gelernt. Die andere Seite aber, die Förderung der Schulen, der beruflichen und wissenschaftlichen Ausbildung, der Forschung, haben sie vernachlässigt. Das Ergebnis ist bekannt – ein ungenügendes wirtschaftliches Wachstum, begleitet von teilweise phantastischen Preissteigerungen.

Das neue Programm des Gewerkschaftsbundes betont deshalb in viel stärkerem Ausmaß als das alte die Rolle der Bildung, der beruflichen Ausbildung und der Forschung. Wenn wir das Expansions-tempo der schweizerischen Wirtschaft aufrechterhalten, wenn möglich noch verstärken wollen, muß die Schulung und Forschung noch stärker als bisher gefördert werden. Wir können nicht ins Uferlose Menschen und Talente von außen importieren. Wir müssen vermehrt versuchen, hier aus eigenen Reserven zu leben und jeden auszubilden, der die notwendigen Fähigkeiten hat.

Diese verstärkte Hervorhebung der Wichtigkeit auch des Einzelnen bedeutet ebenfalls eine Akzentverschiebung gegenüber der früheren Einstellung, die zum Teil wenigstens kollektivistische Züge trug. Gewiß betont auch das neue Programm die Rolle der Solidarität, des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Aber auch in unsern eigenen Reihen haben wir schließlich die Erfahrung machen müssen, daß es nicht nur auf die Zahl, sondern ebenso sehr auf die Qualität ankommt.

Um das vorstehend Gesagte zu belegen, seien nachstehend einige Stellen des neuen Programms herausgegriffen, in den die Abweichungen zum alten Programm am deutlichsten zum Ausdruck kommen.

Ziele der Wirtschaftspolitik

Der Gewerkschaftsbund betrachtet es als Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Wirtschaftspolitik, im Rahmen einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Politik eine produktive Vollbeschäftigung zu gewährleisten und einen höheren Lebensstandard zu verwirklichen.

Die materiellen Grundlagen für wirtschaftliche Sicherheit und ständigen Fortschritt sind durch die sich rasch entwickelnde Technik und die stetig zunehmenden Produktionsmöglichkeiten gegeben. Diese voll zu nutzen und sie allen zugute kommen zu lassen, ist die Aufgabe der Volkswirtschaft und der staatlichen Wirtschaftspolitik. Eine auf sozialer Gerechtigkeit beruhende expansive Wirtschaft ist die stärkste Kraft zur Verteidigung freiheitlicher, demokratischer Institutionen.

Zur Erreichung dieses Ziels hat jeder, sei er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, durch seine persönliche Initiative beizutragen. Der einzelne

Mensch mit seinen schöpferischen Fähigkeiten ist die dynamische Triebkraft auch der Wirtschaft. Jeden einzelnen zu fördern und ihm die seinen Fähigkeiten entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten offenzuhalten, ist deshalb mit ein Ziel der Wirtschaftspolitik.

Eine komplizierte, arbeitsteilige und internationale verflochtene Wirtschaft kann durch die Marktkräfte allein nicht in steiler Aufwärtsentwicklung gehalten werden. Der Gewerkschaftsbund bekennt sich deshalb zur Auffassung, daß es zu den Pflichten eines demokratischen Staates gehört, den Wirtschaftsablauf koordinierend und ausgleichend zu beeinflussen, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern und ein möglichst stabiles Preisniveau zu gewährleisten.

Wirtschaftsordnung

Je nach Lage und Struktur der einzelnen Wirtschaftszweige eignet sich für sie die Form der Privatwirtschaft, der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung oder der Gemeinwirtschaft, das heißt des genossenschaftlichen oder des staatlichen und kommunalen Betriebes. Entscheidend für die Wahl der Bewirtschaftungsform sind der erzielbare wirtschaftliche Nutzeffekt und die Interessen des Volksganzen, die dem Einzel- oder Gruppeninteresse vorgehen.

Lohnpolitik

Der Gewerkschaftsbund befürwortet eine Lohnpolitik, die den Arbeitnehmern einen größeren Anteil am Wirtschaftsertrag sichert und ihre Kaufkraft der wachsenden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft anpaßt. Er bekennt sich zum Prinzip der freien und freiwilligen Verständigung der Sozialpartner.

Außenhandel

Wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung werden durch eine möglichst freiheitliche Gestaltung des internationalen Handels erleichtert. Der Gewerkschaftsbund unterstützt deshalb die Bestrebungen zum Abbau der Zölle und Handelsbeschränkungen und setzt sich für den wirtschaftlichen Zusammenschluß des freien Europas ein. Gleichzeitig sieht er es als notwendig an, daß leistungsfähige zwischenstaatliche Körperschaften geschaffen werden, welche die Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder koordinieren.

Auch diese am stärksten veränderten Teile des neuen Programms können von der überwiegenden Zahl der Mitglieder der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände ohne innere Vorbehalte akzeptiert werden – was man vom alten Programm seit einiger Zeit wohl kaum mehr sagen konnte.

Es dürfte aber auch in weitgehendem Maß den allgemein in unserem Lande herrschenden Ansichten entsprechen. In den Pressekommentaren hat es – von vereinzelten Ausnahmen, wie vom «Vorwärts», abgesehen – eine günstige Aufnahme erfahren. Vor allem können ihm nicht sektiererische Züge vorgeworfen werden. Es bekundet auch nach außen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung realistisch genug ist, um aus der Entwicklung und Erfahrung zu lernen,

daß wir nicht in einer modernen Umwelt mit Schlagworten fechten wollen, die vielleicht vor 50 oder 30 Jahren vertretbar waren, die unter den heutigen Verhältnissen jedoch veraltet sind und die von der jungen Generation überhaupt nicht mehr verstanden werden.

Eine Bewegung, die wachsen und noch weitere Kreise erfassen will, muß die Kraft und den Mut aufbringen, von Zeit zu Zeit solche Flurbereinigungen ohne falsche Sentimentalität vorzunehmen. Es ist bemerkenswert, daß diese Programmrevision ohne heftige innere Kämpfe vor sich gegangen ist. Wir dürfen für uns heute wohl in Anspruch nehmen, ein Programm zu besitzen, das in seiner Grundeinstellung aufgeschlossen, sachlich und zweckmäßig ist. Es enthält aber auch keine hohlen und leeren Deklamationen, die in der Regel ja nicht einmal von jenen geglaubt werden, die sie geschrieben haben. Damit können wir für unser Programm mehr in Anspruch nehmen als wohl die meisten politischen Parteien, aber auch verschiedene Wirtschaftsorganisationen, seien sie nun Arbeitgeberverbände oder Außenseitergewerkschaften.

Dr. Waldemar Jucker, Bern.

Die schweizerischen Regelungen über die Solidaritätsbeiträge

Der Zweck der Regelungen

Die Gewerkschaften empfinden es begreiflicherweise als unbillig, wenn nichtorganisierte Arbeitnehmer in den Genuß der Vorteile von Gesamtarbeitsverträgen kommen, deren Abschluß allein nur den Gewerkschaften zu verdanken ist. Wie oft werden Gesamtarbeitsverträge erst nach langen Kämpfen und unter großen Opfern der beteiligten Gewerkschaften und ihrer Mitglieder abgeschlossen. Die Arbeitnehmer werden jedoch im Betrieb vielfach alle gleich behandelt, sei es aus Gründen der einheitlichen Betriebsführung oder kraft Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages. Dadurch gelangen auch die nichtorganisierten Arbeitnehmer, ohne daß sie auch nur etwas zum Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages beigetragen hätten, in den Genuß der Vorteile des erkämpften Vertrages.

Die Frage, wie ein «Vorteilsausgleich» zwischen den Bemühungen und Opfern der Gewerkschaften und den von den nichtorganisierten Arbeitnehmern erlangten Vorteilen geschaffen werden kann, hat in den verschiedensten Ländern immer wieder zu Diskussionen Anlaß gegeben, in der Schweiz jedoch seit Jahrzehnten zu praktischen Ergebnissen geführt. Im schweizerischen Buchdruckgewerbe geht die Einführung der Solidaritätsbeiträge auf das Jahr 1923 zurück.